

BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 89-1 vom 20. Juli 2014

Ansprache von Bundespräsident Dr. h. c. Joachim Gauck

in der Feierstunde der Bundesregierung und der Stiftung 20. Juli 1944
zum 70. Jahrestag des 20. Juli 1944
am 20. Juli 2014 in Berlin:

Heute blicken wir zurück auf einen bedeutenden Tag in der deutschen Geschichte. In der Zeit, als Deutschland Europa mit Krieg und Leid überzog, schien ein Licht der Hoffnung und des Anstands auf. Dieses Licht schien auf, als vor 70 Jahren Männer einen mutigen Schritt wagten, den sie selbst Jahre zuvor noch für undenkbar gehalten hätten: Sie richteten sich entschlossen gegen die eigenen Machthaber, gegen die Führung des nationalsozialistischen Staates. Sie handelten mit dem klaren Ziel, den Diktator zu töten und die Herrschaft von Gewalt und Willkür zu beenden.

Wir alle wissen, dass die Verschwörer dieses Ziel nicht erreichen konnten: Hitler überlebte den Bombenanschlag vom 20. Juli 1944 und konnte seine brutale Terrorherrschaft und auch den Krieg fortsetzen. Claus Graf Schenk von Stauffenberg, Friedrich Olbricht, Albrecht Ritter Merz von Quirnheim, Werner von Haeflten und Ludwig Beck wurden am selben Tag erschossen. Ungezählte fielen in den folgenden Wochen und Monaten einer gnadenlosen Verfolgung zum Opfer.

War nun damit das Attentat gescheitert? War der mutige Einsatz der Männer und Frauen, derer wir heute gedenken, vergeblich? Wie bemessen wir überhaupt Erfolg und Scheitern in der Geschichte? Der zeitliche Abstand von 70 Jahren sollte uns Anlass sein, auch darüber nachzudenken.

Die Männer des 20. Juli wollten Hitler beseitigen und eine neue Ordnung errichten. Sie hatten ein Netzwerk geschaffen, das tatsächlich – wäre das Attentat gelungen – fähig

gewesen wäre, militärisch, politisch und personell eine Alternative zum NS-Staat zu errichten. Zugleich aber waren sie sich auch bewusst, dass es darum ging, ein in die Welt hinaus und in die Zukunft hineinwirkendes Zeichen zu setzen. Niemand hat dies besser formuliert als Henning von Tresckow, als er von dem „unter Einsatz des Lebens“ zu wagenden „entscheidenden Wurf“ sprach – jenem Zeichen des deutschen Widerstands, neben dem in Tresckows Worten alles andere „gleichgültig“ sei. Wenn schon das andere Deutschland nicht gestaltet werden konnte, so sollte doch aller Welt gezeigt werden, dass es existiere. Damit überzeugte er auch seinen Mitstreiter Claus Graf Schenk von Stauffenberg im Sommer 1944 von der absoluten Notwendigkeit des Handelns gegen Hitler.

Wenn aber das der Maßstab ist: das Wirken in die Welt hinaus und in die Zukunft hinein, dann sollten wir zumindest sehr vorsichtig sein mit Begriffen wie „Scheitern“ oder „Misserfolg“. Denn der 20. Juli und all die anderen Versuche des Widerstands gegen Hitler und das NS-Regime, sie haben nicht nur eine faktische Bedeutung, sondern auch eine sehr klare moralische – und bei genauer Betrachtung natürlich auch eine eminent politische. Aus diesem Erbe konnte die neu gegründete Bundesrepublik, als sie – allerdings verspätet – die Bedeutung des militärischen Widerstands begriffen hatte, Legitimation schöpfen. Und es ist dieses Erbe, das mich heute auch befähigt zu sagen: Ich bin stolz auf eine Bundeswehr, die sich nicht auf obrigkeitsstaatliche Traditionen beruft, sondern auf Widerstand gegen das Unrecht. Ja, von diesem moralischen Erbe zehrt unser Land bis heute.

Und trotzdem hat es einige Zeit gedauert, bis dieses Erbe auch in der Mitte der Gesellschaft angenommen wurde: Noch in den 1950er Jahren gab es in der jungen Bundesrepublik viele, die die Männer um Stauffenberg weiterhin als „Landesverräter“ diffamierten. Oder solche, die ihnen vorwarfen, sie hätten nur angesichts der sich abzeichnenden Katastrophe gehandelt. Wie ungeheuerlich: Früher Angepasste schwangen sich zu einem ungerechten und verleumderischen Urteil über jene Wenigen auf, die ihren Einsatz gegen die Diktatur mit dem Leben bezahlt haben. So wurden die Hinterbliebenen und Familien der Verschwörer noch lange ausgegrenzt und auch materiell benachteiligt. Zum antifaschistischen Mythos des zweiten deutschen Staates, der DDR, gehörte wiederum, dass fast ausschließlich der kommunistische Widerstand

unter weitgehender Ausblendung anderer Widerstandsgruppen gegen das NS-Regime überliefert und in den Schulen gelehrt wurde.

Natürlich, es hatte lange gedauert, bis sich Teile der Eliten im nationalsozialistischen Deutschland entschlossen gegen Hitler gewendet hatten. Dabei zeigte das „Dritte Reich“ doch sein wahres Gesicht bereits von Anbeginn an: Victor Klemperer, der später die nationalsozialistische Sprache so gründlich analysieren sollte, notierte am 10. März 1933 in sein Tagebuch: „Was ich bis zum Wahlsonntag, 5. März, Terror nannte, war mildes Prélude.“

Mit der nationalsozialistischen Herrschaft trat Gefolgschaft an die Stelle von Bürgerschaft, und Diktatur trat an die Stelle von Demokratie. Schon nach den ersten Mordserien an politischen Gegnern hätte es eigentlich keinen Zweifel mehr daran geben dürfen, dass dieser Staat ein Unrechtsregime war, in dem nur der Wille des Diktators galt. Und doch taten sich die konservativen und militärischen Eliten schwer, einen kritischeren Blick auf den nationalsozialistischen Staat zu entwickeln, und noch schwerer damit, zu handeln. Nur einige wenige – es gab sie – entschlossen sich zu frühem Widerstand.

Aber die Reichswehr hatte in den Jahren vor 1933 dazu beigetragen, die freiheitlich-demokratische Ordnung von Weimar zu untergraben oder gar auszuhöhlen. Der ihr zugedachten Rolle, nämlich die Verfassung zu schützen, dieser Rolle war sie als faktischer „Staat im Staate“ nicht nachgekommen – oder jedenfalls nur sehr unzureichend. Zu viele ihrer Angehörigen sympathisierten mit den antidemokratischen Kräften. Und viele, auch Stauffenberg, verbanden anfänglich Hoffnungen mit dem Nationalsozialismus. Wie die konservativen Eliten waren viele Militärs in einer Weise staats- und „deutschland“-gläubig, die wir uns heute kaum mehr vorstellen können. Dass die Soldaten vom 28. August 1934 an einen persönlichen Eid auf den Diktator, und damit Hitler gegenüber „unbedingten Gehorsam“ geschworen hatten, das machte militärischen Widerstand noch schwieriger. Die Männer und Frauen des 20. Juli fanden einen Ausweg aus ihrer eigenen Verstrickung, indem sie sich entschlossen, ihrem Gewissen zu folgen.

Eine Gewissensentscheidung mit einer ausgeprägt politischen Dimension. Gleich der erste Satz der im Umfeld Stauffenbergs entworfenen Regierungserklärung bekannte sich zum Rechtsstaat: „Erste Aufgabe ist die Wiederherstellung der vollkommenen Majestät des Rechts.“ Der wohl leuchtendste Ausdruck der Überzeugungen aber findet sich weiter hinten in jenem Dokument. Dort heißt es: „Die zerbrochene Freiheit des Geistes, des Gewissens, des Glaubens und der Meinung wird wiederhergestellt.“

Widerstand ist nicht, Widerstand wird. Er mag mit leisen Zweifeln beginnen an dem, was man einmal für wahr gehalten, was man einmal geglaubt hat. Von einem bestimmten Punkt an braucht Widerstand jedoch Mut zum Handeln. Stauffenberg, Tresckow und ihre Mitstreiter haben namentlich unter dem Eindruck der Verbrechen an der Zivilbevölkerung und des Massenmordes an den Juden in Europa letzte Bedenken und die vermeintlichen Bindungen an den Eid hinter sich gelassen und sie haben, um Würde, Recht und Zukunft zu gewinnen, ihr Leben eingesetzt und es verloren. Niemand von uns weiß, ob wir gewagt hätten, so zu handeln für jene universellen Werte, die weit über das Bekenntnis zur Nation hinausgehen: die Würde des Menschen und die Herrschaft des Rechts. Niemand weiß es.

In wenigen Tagen werde ich an der Eröffnung einer Ausstellung zum 70. Jahrestag des Warschauer Aufstandes teilnehmen, hier in Berlin. Damals erhoben sich Polen gegen die deutschen Besatzer, obwohl sie nicht wissen konnten, ob der Aufstand gelingen würde. Viele ahnten schon, dass er scheitern musste. Und doch wollten sie ein Zeichen setzen. Ein Zeichen, dass der Sieg über die Ohnmacht mehr zählt als der militärische Sieg. Der Aufstand wurde niedergeschlagen und 170.000 Warschauer starben. Ihnen ging es um jene Würde, die in diesem Versuch der Selbstbefreiung lag. Wir stehen heute staunend und voller Respekt davor, dass all diesen Menschen ihre Werte am Ende sogar mehr bedeuteten als ihr Leben – genau wie den Männern des 20. Juli.

In diesem Jahr erinnern wir uns in Deutschland und in ganz Europa auch an ein anderes Attentat – an die Schüsse eines jungen bosnischen Serben auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger vor 100 Jahren. Wenn wir über die Ereignisse des Jahres 1914 nachdenken, die auf das Attentat von Sarajevo folgten – an die vermeintliche

Handlungslogik eines übersteigerten und von Bedrohungsobsessionen zusätzlich befeuerten Nationalismus, an die blinde Kriegseuphorie in den Hauptstädten des Kontinents – dann wird uns erneut bewusst, was wir nicht wollen. Der 20. Juli allerdings erinnert uns an das, was wir wollen, was wir können möchten und was wir leben sollten: mutig zu unseren Werten zu stehen. Dazu gehört, dass wir uns nicht mitschuldig machen, wenn anderen Unrecht geschieht.

Natürlich: Es ist leicht, aus bequemem Abstand zu den damaligen Ereignissen diesen Satz auszusprechen. Und doch kennt jeder und jede Einzelne von uns jene innere Frage, auf die es eine leichte und gleichzeitig wahrhaftige Antwort wohl nur schwer oder gar nicht geben kann – noch einmal: Wie würde ich mich verhalten, wenn ich wüsste, dass der Preis meines Handelns Gefängnis, Folter oder gar das Ende meines eigenen Lebens sein kann? Brächte ich diesen Mut auf, und besäße ich ihn auch noch in der entscheidenden Stunde?

Oft folgt aus dieser Selbstbefragung der Selbstzweifel und damit etwas enorm Gefährliches: Da man sich nicht vorstellen kann, das letzte Opfer zu bringen, verzichtet man darauf zu erkennen, welches Maß an Opposition oder Widerstand uns, dem Einzelnen, der Einzelnen möglich ist. Aber aus der Erkenntnis, dass man sich nicht geschaffen fühlt, sein Leben für das Fortleben von Werten zu opfern, darf man niemals folgern, dass man nichts tun kann.

Heute stehen wir nun nicht vor der größten aller Alternativen. Im demokratischen Deutschland müssen wir nicht die Fragen beantworten, die jene abzuwägen hatten, die im Widerstand gegen die Diktatur standen. Und so sollten wir uns durch die Lichtgestalten der Geschichte weder überfordern noch paralisieren lassen. Auch in der Demokratie gibt es Werte, für die wir eintreten und für die wir leben, für die wir Verantwortung übernehmen können – jeder auf seine Weise und jede an ihrer Stelle. Jede und jeder von uns kann zum Wesentlichen des eigenen Lebens vordringen und sich die Frage stellen: Wie werde ich zu dem Menschen, der ich sein kann? Tue ich, was ich kann? Lasse ich mein Gewissen mitentscheiden? Warte ich ab, ob das Humanum in Politik und Gesellschaft gewahrt wird, oder übernehme ich meinen Teil an Verantwortung, es zu bewahren für die Gegenwart und für unsere Zukunft?

Martin Niemöller stellte sich ein Jahr nach Kriegsende in einem Vortrag die Frage, was entscheidend sei, wenn man „nicht die Freiheit hoffnungslos preisgeben will, die Freiheit, die keine Macht der Welt wieder herstellen kann“. Seine Antwort war ein Wort: „Verantwortung, im Sinne letzter persönlicher Verantwortung“, die für Niemöller einen „Weg ins Freie“, wie er es nannte, erst möglich machte. Denn die wichtigste Mahnung an uns alle, die wir heute in einem freien und friedlichen Deutschland leben, ist: Rechtsstaat muss immer Rechtsstaat bleiben, Demokratie muss immer Demokratie, Menschenwürde muss immer Menschenwürde bleiben. Wir tragen Verantwortung für die Freiheit, die wir haben und unbedingt behalten wollen.

Eines lehrt uns die Erinnerung an den 20. Juli 1944 gewiss: Wir haben eine Wahl zwischen Handeln und Untätigkeit, auch zwischen Reden und Schweigen. Das zeigt uns der 20. Juli, und das zeigen auch der 17. Juni 1953 und die Ereignisse des Jahres 1989, an die wir in diesem Jahr nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa erinnern.

Und wir haben auch eine Wahl zwischen Erinnern und Vergessen. Deshalb möchte ich heute daran erinnern, dass es eine mutige Einzelne war – Eva Olbricht, die Witwe des hier erschossenen Generals – die 1952 den Grundstein für das Ehrenmal in diesem Ehrenhof legte. Es hat lange gedauert, bis zur Erinnerung an den 20. Juli auch der gebührende Respekt vor dem Mut seiner Protagonisten in der Breite der Gesellschaft hinzutrat. Und so spiegelt die Geschichte der Erinnerung an die mutige Tat auch den besonderen Weg, den guten Weg einer bundesdeutschen Gesellschaft wider, die Gewissheiten hinterfragt und sich auch der schmerzhaften Vergangenheit stellt.

In der Bundesrepublik Deutschland bewahren wir dem gesamten Widerstand ein ehrendes Gedenken, dem mutiger Einzelner wie auch dem kommunistischen Widerstand – aus tiefer Achtung und mit hohem Respekt vor der Leistung aller Mutigen, die zu widerstehen vermochten, als die Masse in Anpassung verharnte.

Das alles steht uns an diesem Tag besonders klar vor Augen. Und wir empfinden eine Verpflichtung, nämlich uns der Frage zu stellen, welche Brückenschläge ins Heute überhaupt möglich sind, um auch junge Leute für die mutigen Männer und Frauen des 20. Juli zu interessieren, obwohl sie ja selbst nie Diktatur kennenlernen mussten.

So gilt an dieser Stelle mein ganz besonderer Dank der Stiftung 20. Juli 1944 und all jenen, die sich bis heute engagiert haben. Sie haben nie nachgelassen in Ihrem Bemühen, die Botschaften und die Werte, für die die Frauen und Männer des 20. Juli stehen, in die Mitte der Gesellschaft hineinzutragen und dort immer fester zu verankern.

Der Gedenkstätte Deutscher Widerstand spreche ich meinen aufrichtigen Dank dafür aus, dass sie einen Begegnungs- und Lernort für diesen Abschnitt der deutschen Geschichte bietet. Sie macht das ganze Spektrum des Widerstands gegen Hitler und gegen ein menschenverachtendes System sichtbar. Und sie gibt zahlreichen Frauen und Männern, die zuvor vielen unbekannt geblieben waren, einen Namen und ein Gesicht.

Auch erstaunlich viele junge Menschen riskierten im Widerstand ihr Leben. Die neue Ausstellung in den Räumen dieser Gedenkstätte dokumentiert einen Satz, dessen Verbreitung durch Flugblätter für seinen Verfasser, den 17-jährigen Helmuth Hübner, das Todesurteil bedeutete. Der Satz lautet: „Lasst euch euren freien Willen, das kostbarste, was ihr besitzt, nicht nehmen.“

Der deutsche Widerstand gegen den NS-Staat und seine Verbrechen war vielfältig und speiste sich aus unterschiedlichen Quellen:

Es gab jene, die sich für den Frieden einsetzten,

es gab die, die sich für Verfolgte einsetzten, ihnen halfen oder sie versteckten,

jene, die sich mit Unterdrückung oder Unfreiheit nicht abfanden,

und jene, die sich schon über einen Neuanfang Gedanken machten.

Sie hatten für diese Haltung Gründe, die aus ihrem religiösen Glauben, aus tiefer politischer Überzeugung oder aus ihrem eigenen Gewissen kamen.

All die verschiedenen Formen des Widerstands – neben der aufopferungsvollen Auflehnung bis hin zum bewaffneten Kampf sind ja auch Abständigkeit, Dissidenz und Opposition Formen eines widerständigen Lebens. Und nicht vergessen wollen wir auch: Neben den großen gab es die kleinen Taten, die nicht minder wichtig waren. Wer einem Juden nur einen Tag Schutz und Zuflucht bot, wer ein verbotenes Buch weitergab, wer einem Zwangsarbeiter ein Stück Brot zusteckte, der wirkte gegen die Diktatur.

Ob jemand als Christ, als Sozialist oder als Angehöriger des Militärs handelte – es war die Opposition gegen Hitler und ein mörderisches Regime, die den Kreisauer Kreis, die Weiße Rose, die Rote Kapelle, die Bekennende Kirche, aber auch Einzelne, wie Georg Elser, und die unbekannt Gebliebenen miteinander verband. Wer Widerstand wagte, blieb damals allein in der Gesellschaft. Wer jedoch entdeckt wurde, zahlte den Preis des Widerstands nicht alleine: Die Familien litten mit, unter perfider Sippenhaft, auch unter späterer Verunglimpfung.

Stauffenberg, Tresckow und ihre Mitstreiter ehren wir heute auch stellvertretend für alle diese anderen, die widerständig waren oder die unter den Folgen des aufrechten Widerstands zu leiden hatten. Sie, die Männer und Frauen des 20. Juli, wagten das Letzte für ein Land, das sie liebten, für ein Land, das sie bis zum Letzten gegen seine Feinde im Inneren verteidigten. Wir, die heute Lebenden, sollten nicht beim Staunen über ihre mutige Tat stehenbleiben. Wir ehren sie und folgen ihnen nur, wenn wir uns fragen: Was kann ich tun, um fähig und bereit zu sein zu einem Leben in Verantwortung für dieses Land und seine Demokratie. Dafür zu leben und notfalls zu kämpfen, für seine humanen Werte, die es mit seinen Nachbarn verbindet, und immer wieder für das, was im Gründungsdokument unseres Landes so einfach, so groß und so stark beschrieben ist: „die Würde des Menschen“.

* * * * *